

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die westlichen Reaktionen auf die östliche Infiltration

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1956) : Die westlichen Reaktionen auf die östliche Infiltration, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 1, pp. 5-13

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132211>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die westlichen Reaktionen

auf die östliche Infiltration

ÖSTERREICH: Gefährliche Brücke zum Osten

Wien, 15. Januar
Österreich ist — wer wollte dies bezweifeln — der politische Gewinner des Jahres 1955. Am 15. Mai wurde im Belvedere der Staatsvertrag unterschrieben, Ende September verließen die letzten fremden Truppen das Land. Österreich wurde wirklich frei. Die Sowjets hatten, was früher unmöglich schien, eine vorgeschobene Stellung in Mitteleuropa geräumt.

Ist der Staatsvertrag zu teuer erkauf?

Seither haben sich die weltpolitischen Gegensätze verschärft. Der Österreicher kommt sich daher vor wie nach dem Ritt über den Bodensee. Es erscheint ihm wie ein Wunder, daß die Einheit des Landes gewahrt wurde und der Ostzone die kommunistische Durchdringung erspart blieb. Noch immer bleibt die sowjetische Österreichpolitik ein Rätsel, auch wenn man klar erkennt, daß die Sowjets vor Genf ihren guten Willen beweisen wollten und dazu Wien auserwählten.

Man hat also in Wien geradezu das bittere Gefühl, den Staatsvertrag zu teuer erkauf zu haben. Denn die Sowjets hätten wohl noch günstigere Bedingungen für Österreich bewilligt. Die Reparationslast trifft Österreich allerdings weniger schwer als Finnland. Denn es müssen nur jene Lieferungen fortgesetzt werden, die die sowjetischen Betriebe Österreichs bereits 1954 in Höhe von 1,7 Mrd. S in Fertigwaren und von 1 Mrd. S in Erdöl erbrachten.

Die „Hilfstruppen“ aber, die Rußland in Österreich zurückließ,

sind stärker als erwartet. Trotz eines vehementen sozialistischen Trommelfeuers behaupten nämlich die Kommunisten überraschend gut ihre starke Stellung in den ehemals sowjetischen USIA-Betrieben. Dies sollte man in Deutschland genau zur Kenntnis nehmen, um bei der eigenen Wiedervereinigung nicht ebenso überrascht zu werden.

Die NATO-Flanke ist aufgerissen

Diese Tatsachen können natürlich den taktischen Beschluß der Sowjets noch nicht begründen. Er scheint aber auch einer Konzeption entsprungen zu sein, die die infolge ihrer exponierten Lage besonders hellhörige Schweiz sofort erkannte: Der Rückzug der Sowjets aus Österreich hat paradoxerweise die NATO-Flanke aufgerissen. Die neutrale Schweiz und das ebenso neutrale Österreich greifen wie ein Sperrriegel in die Front der atlantischen Verteidigung ein. Er trennt Nord und Süd und isoliert den Mittelmeerraum.

Wie ist dies gekommen? Zur Rettung des Staatsvertrages erklärte sich der Ballhausplatz bei der Berliner Konferenz bereit, keine ausländischen Stützpunkte in Österreich zu dulden. Das war das Lösungswort zur Moskauer Forderung nach Neutralität. Sie stürzte die österreichische Delegation in Moskau in einen schweren Gewissenskonflikt. Man mußte nicht nur Stützpunkte und Militärpakte ablehnen, sondern sich auch zu einer beständigen Neutralität verpflichten, wozu die Schweiz als Beispiel dienen soll. Schon geht die offizielle

Lesart dahin, daß dies alles ganz freiwillig geschehen sei, was zu einer gefährlichen Mythenbildung und Überschätzung der kommenden Aufgaben führen kann, wo man doch nur ein Stein auf dem Brette Moskaus war.

Damit hat der Kreml Österreich aus der Front der westlichen Welt ausgeschlossen. Mag auch die NATO noch umgebildet werden, auf gemeinsame militärische Zusammenarbeit wird der Westen schwerlich verzichten. Wie aber auch der künftige Status Deutschlands sich gestalten mag, so verbieten die zur Verhinderung eines neuen Anschlusses von allen Alliierten befürworteten Staatsvertragsbestimmungen eine engere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Die neutrale Schweiz ist zwar an einem selbständigen Österreich sehr interessiert, ist aber weder bereit noch in der Lage, ihm militärische Hilfe zu leisten. So muß Österreich seinen Weg in die Zukunft allein gehen. Die wenigsten Österreicher machen sich Gedanken über seine Gefahren und über die Kosten der notwendig gewordenen Wiederaufrüstung, für die man 1956 mit nur 2% des Budgets auskommen will!

Die Konjunktur und das Ostgeschäft

Nun erfreut sich Österreich freilich einer glänzenden, nie gekannten Konjunktur, die man — wie in Westdeutschland — schon bremsen mußte. Wer noch das bittere Elend der Arbeitslosigkeit in der ersten Republik kennt, das ihren Zusammenbruch bewirkte, dem ist nicht wohl bei dieser hektischen Entwicklung. Die gewaltigen Investitionen Deutschlands und des ERP

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

haben zwar für gesündere Wirtschaftsgrundlagen gesorgt, aber Österreich bleibt infolge des Exportzwanges stark anfällig für jeden weltwirtschaftlichen Konjunkturrückschlag. Schon die erwartete Abschwächung des steilen Produktionsanstiegs kann hier zu bedenklichen Folgen führen. Die Schnelligkeit, mit der sich Österreich in seine Rolle als Neutraler gefügt hat, wird man in den USA nicht so schnell vergessen. Wie soll aber ein isoliertes Österreich einer Krise Herr werden?

Nun spricht man von den großen Möglichkeiten des Osthandels. Tatsächlich dürften auch künftig die Ostexporte (einschließlich der Reparationen) 20% der Ausfuhr ausmachen, während 14% der Einfuhr von dort kommen (1954 je etwa 9%). Vor dem Kriege beanspruchte die starke Ostverflechtung aber 35 bis 40% des Außenhandelsvolumens. Die neue Konstellation bietet also noch keinen Ersatz für die seit 1945 erschlossenen Westmärkte. Der Löwenanteil des Osthandels (11% der Ausfuhr, 4% der Einfuhr) wird auf Rußland entfallen, das vorher nur mit wenigen Prozenten vertreten war. Rußland wird also mit seinen im neuen Plan wieder dominierenden schwerindustriellen Investitionen den Export Österreichs bestimmen und nicht etwa die Sonderwünsche der traditionellen Märkte der Donaustaaten nach Konsumgütern wie Textilien.

Zu diesem Zwecke stehen die ehemaligen USIA-Betriebe, vorwiegend eisenverarbeitende Werke, mit ihren Kapazitäten zur Verfügung. Mit der Exportausrichtung auf den sowjetischen Bedarf gerät Österreich aber in eine gewisse Abhängigkeit, zumal der Maschinenbau lange Vorbereitungen und eine langfristige Finanzierung erfordert. Etwa die Hälfte des österreichischen Maschinenexports wird nach dem Osten gehen. Österreichs Lieferfähigkeit für andere Länder wird dadurch blockiert, während die wiederholte Abänderung der Einfuhrpläne keine langfristige Sicherung des Ostabsatzes gewährleistet.

Der „übermächtige“ Partner

Geschäfte mit einem übermächtigen Partner sind wenig beliebt. Dazu ist der Ostblock ein monopo-

listischer Handelspartner mit konkreten politischen Zielen. Die Meistbegünstigungsklausel, die Österreich den Russen auf Grund der famosen Staatsvertragsbedingungen im Handelsvertrag zugestehen mußte, räumt ihnen ohne eigene Gegenleistung die GATT-Zölle ein. Der Handelsvertrag sieht ferner gegenseitigen Erfahrungsaustausch, das Reparationsabkommen sogar eine sowjetische Fabrikinspektion vor. Dies kann zu einem steigenden Einfluß der Sowjets auf die österreichische Wirtschaft führen, muß es aber natürlich nicht.

Seit der letzten Wiener Messe, auf der die DDR mehr Fläche belegte als die USA, hat eine rege östliche Wirtschaftspropaganda eingesetzt. Vielseitige tschechische Werbeprospekte wurden den Wiener Blättern beigelegt. Das zwingt natürlich zu gewissen Rücksichtnahmen, und wenn es sich nur darum handelt, „Liberec“ statt des deutschen „Reichenberg“ zu schreiben. Nun will die Sowjetunion gar dem Land Niederösterreich eine Anleihe von 500 bis 800 Mill. S aus den Beträgen einräumen, die der Staat bei Übernahme der USIA-Betriebe an die sowjetische Militärbank zahlen mußte. Trotz der niedrigen Verzinsung von 2% erhält damit die UdSSR einen revolvingierenden Fonds, um künftige Ausgaben in Österreich zu decken.

In diesem Zusammenhang ist neben der Dotierung der KPO, die eben ein Riesendruckereigebäude in Wien fertigstellt, vor allem an die Handelsvertretungen zu denken, die ohne Personalbegrenzung auch in den Bundesländern errichtet werden können. Da die anglo-amerikanischen Ölkonzerne, obwohl sie eigentlich durch den Staatsvertrag ausgeschlossen sind, sich auf den

Olfeldern durch die Rückstellungspraxis Nutzungsrechte sichern konnten, ist Österreich dabei, ein zweites Persien zu werden. Auch eignet es sich ideal für Transitgeschäfte — wenigstens solange die Bundesrepublik nicht den direkten Weg nach Moskau findet. COCOM-Beschränkungen sind offiziell unbekannt, und die ungeklärte Lage im Außenhandel seit Jahresbeginn hat die bisher stillschweigend geübte Kontrolle erschwert.

Die Auslegung des Neutralitätsbegriffes muß erst gelernt werden!

Das Bild, das wir hier entwerfen, ist bewußt einseitig und düster. Die wirtschaftliche Bedeutung des Ostgeschäftes für Österreich soll gewiß nicht verkleinert werden. Es ist aber ein Unterschied, ob man es von London aus betreibt oder ob man am Eisernen Vorhang sitzt und dem Partner wirtschaftlich nicht gewachsen ist. So entsteht die Gefahr, daß gegen den Willen der Bevölkerung die Beziehungen Österreichs zum Westen gelockert werden. Daher sollten sowohl von Österreich als auch vom Westen selbst diese Bande so eng wie möglich geknüpft werden. Auch das Neutralitätsstatut sollte dabei kein Hindernis sein. Auslegung und Abgrenzung des Neutralitätsbegriffes müssen eben erst gelernt werden.

Nun ist es den Unterhändlern gelungen, von den Russen die Versicherung zu erhalten, daß man eine etwaige Zollunion nicht als Verletzung der Meistbegünstigungsklausel ansehen wird. Hier also liegt der Weg, den Österreich gehen kann. Nichts hindert Österreich, an einem integrierten Europa, als einem Garanten seines eigenen Bestandes, aktiv mitzuarbeiten. Der Beitritt zur Montanunion sollte der erste Schritt dazu sein. (W.)

INDIEN: Objekt des koexistentiellen Wettbewerbs

Bombay, 11. Januar
Großbritannien pflegte den jeweiligen Prinzen von Wales auf Propagandatour zu senden, was den „Punch“ einmal zu einer entsprechenden Karikatur mit der Unterschrift „The Prince of Sales“ veranlaßte. Es zeigte sich auch prompt, daß Englands Handelsbeziehungen mit den besuchten Nationen einen

beachtlichen Aufschwung nahmen. Heute begeben sich Staatsoberhäupter und Premierminister auf Reisen, deren Ziele eine Mischung von Politik und Wirtschaft darstellen. Marshall Tito bot in Addis Abeba und Kairo kürzlich das technische „know how“ Jugoslawiens an, Bulganin und Chruschtschew taten das gleiche in Indien, Burma und Afghanistan.

In dem Schweiß dieser beiden Kometen schwebten die Minister ihrer osteuropäischen Satelliten und offerierten Maschinen und Waren.

Welche Wirkung üben nun solche Reisen mit einem doppelten Zweck auf die Gastgeber aus, und welche Methoden sollten für den Westen die geeigneten sein, wenn er unter den obwaltenden Umständen seine kommerziellen Verbindungen in Südostasien aufrechterhalten und ausdehnen will?

Die „angriffsbereite Unterstützung“ des Ostens

Zunächst besteht der gewaltige Unterschied zwischen kommunistischen und nichtkommunistischen Ländern hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Aktivität im Ausland darin, daß in der ersten Kategorie der Staat als Kontrahent auftritt, während in der letzteren der Industrielle oder der Exportkaufmann selbständig vorgehen muß und nur in seltenen Fällen — und dann meist nur mit Informationen — von seiner Regierung unterstützt wird (abgesehen davon natürlich, daß diese die notwendigen Handelsverträge abzuschließen hat). Weiter muß festgestellt werden, daß die kommunistischen, staatlichen Händler nichts verschenken; sie schließen ihre Geschäfte im allgemeinen zu den üblichen Konditionen ab, die sie allerdings notwendigerfalls zugunsten des Käufers ändern. Sie passen sich, mit dem Finger am Puls des Kunden, der Situation an. So wird das Stahlwerk, das die Sowjets in Indien bauen, von ihnen auch finanziert, wobei Indien Abschlagszahlungen zu leisten und die ausstehenden Saldi mit 2½% zu verzinsen hat. Da Indien den größten Schwierigkeiten begegnen wird bei der Aufbringung der Mittel für seinen zweiten Fünfjahresplan, dessen Kosten jetzt auf 48 Mrd. Rupien veranschlagt worden sind, so ist dieser Vertrag mit den Russen als günstig anzusehen. Er hat auch

noch in anderer Weise eine vom indischen Standpunkt aus gute Wirkung gehabt. Man nimmt nämlich an, daß die Errichtung des englischen Stahlwerks mit Garantie der britischen Regierung unter ähnlich günstigen Bedingungen zum Abschluß kommen wird. Hier bietet sich ein seltenes Beispiel, wie der Staat helfend eingreifen konnte. Denn bevor sich das britische Handelsministerium einschaltete, drohten die Verhandlungen mit den englischen Interessenten sich zu zerlagern.

Indien braucht nun, bis zur Inbetriebnahme seiner drei neuen Werke (das dritte, oder der Reihenfolge der Abkommen nach das erste, ist das der Krupp-Demag-Kombination) und bis zur vollendeten Kapazitätserweiterung der zwei in privaten Händen befindlichen Werke, für die schwerindustriellen Projekte des zweiten Plans erhebliche Stahlmengen. Es hat in den USA, in Japan und in Europa bei den Ländern der Montanunion an verschlossene Türen gepocht. Entweder bedauerte man aus Mangel an Material, das für den Eigenbedarf erforderlich sei, nichts abgeben zu können, oder die Preise waren so hoch, daß Indien nicht in der Lage war, die Angebote zu akzeptieren. Die Sowjets nutzten diese Umstände geschickt aus, indem sie Indien eine Million Tonnen zur Ablieferung innerhalb der nächsten drei Jahre verkauften. Zugegeben, daß es für einen totalitären Staat einfacher ist als für einen demokratischen, solche Geschäfte ohne Befragung eines Parlaments abzuschließen, so fragt es sich doch, ob nicht die Westmächte in Anbetracht dieser Konkurrenz und des für Jahrzehnte noch offenen Marktes in Südostasien beweglichere Methoden anzuwenden hätten.

Um ein weiteres Beispiel für kommunistische, sollen wir sagen, angriffsbereite Unterstützung anzuführen, sei der Fall Burmas zitiert,

das einen großen Reisüberschuß aufzuweisen hat. Es muß ihn unbedingt abstoßen, einmal weil nicht genügend Einlagerungsmöglichkeiten während der Monsunregenperiode vorhanden sind, und zum anderen — im Augenblick sogar der wichtigere Grund —, weil es ausländische Devisen braucht. Indien ist Burma bereits mit einer Anleihe von 200 Mill. Rupien zu Hilfe geeilt, Rußland und Jugoslawien haben sich verpflichtet, Reis gegen Rohstoffe bzw. Waffen abzunehmen. China erlaubte Burma, sich in seinen Tauschvertrag mit Ceylon einzuschalten, indem es für ceylonisches Gummi nicht (wie ursprünglich vorgesehen) direkt, sondern durch Burma den Reis an Ceylon liefern wird. In welcher Form China dafür an Burma zahlen wird, ist noch nicht endgültig bestimmt. Jedenfalls sollten solche ad hoc-Entscheidungen den Westen aufhören lassen.

Die Vorbelastung der westlichen Hilfe

Man könnte natürlich einwenden, daß der Westen mannigfachen Beistand leistet, vor allem durch den Colombo-Plan, was ebenso wie Amerikas großzügige Unterstützung nicht immer von Südostasien anerkannt wird. Wenn man konstatiert, daß Indien, das in seinen ersten Fünfjahresplan 23 Mrd. Rupien investiert hat, hiervon 9% auf verschiedenen Wegen vom Ausland erhalten hat, so bringt man den Anteil externer Mitwirkung in das richtige Größenverhältnis, ohne seinen Wert deshalb zu schmälern. Dazu kommt noch ein wesentliches psychologisches Moment. Dem Colombo-Plan haftet, von Südostasien aus gesehen, das Odium des wohl-tätig spendenden, reichen Verwandten an, und es ist nur allzu natürlich, daß die armen Verwandten — das sind die jungen, vor kurzem erst selbständig gewordenen Nationen — überempfindlich sind.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
21 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Denn der Westen ist nun einmal in der Mentalität der Südasiaten mit Kolonialherrschaft identisch. So dankbar man dafür ist, daß England noch relativ rechtzeitig Indien, Pakistan, Burma und Ceylon aufgegeben hat, so dauerte es bei Frankreich schon längere Zeit, bis es die vier indischen Besitzungen verließ, und Portugal hängt an seinen indischen Zuschußgebieten mit unzeitgemäßer Zähigkeit. Nun hat auch noch der amerikanische Außenminister Dulles diesem totalitären Staat bestätigt, daß es sich bei Goa um eine „fernöstliche portugiesische Provinz“ handelt, was von Indien und seinen östlichen Nachbarn als Herausforderung gedeutet wird.

Nehru und der Kommunismus

Der Empfindlichkeit Asiens steht diejenige des Westens keineswegs nach. Seine Reaktionen auf die Besuche der Premierminister Indiens und Burmas in Rußland, und in noch stärkerem Maße auf die Staatsvisite Bulganins und Chruschtschews in Indien, Burma und Afghanistan haben das eklatant gezeigt. Die Ausfälle der amerikanischen und der britischen Presse (unter den kontinental-europäischen Blättern waren es glücklicherweise nur Ausnahmen) reflektierten eine erstaunliche Unkenntnis südostasiatischer Verhältnisse. Man nahm offenbar an, daß Indien den Haßgesängen eines Chruschtschew verfallen würde. Es läßt sich nicht oft genug wiederholen — welch ein abgrundtiefes Unverständnis auf seiten des Westens für die Seele des alten Kulturvolkes! Zweimal wurden die Russen — von dem Vizepräsidenten der Republik, Dr. Radakrishnan, und von Premierminister Nehru — sehr deutlich daran erinnert, daß nach indischer Auffassung der Zweck nicht die Mittel heilige, mit denen ein Land vorwärts strebt, und es wurde den Gästen mehrfach versichert, daß Indien stolz darauf sei, seine Unabhängigkeit ohne Anwendung von Gewalt erreicht zu haben! Nicht genug damit: als Chruschtschew in Kalkutta seine Breitsseiten gegen die westliche Politik abfeuerte, sprach Nehru bei der gleichen Veranstaltung von Indiens Freundschaft zu England, und wenige Tage später hielt er im Parlament eine einstündige Rede, in der er ein Loblied auf

das Commonwealth of Nations und Indiens Zugehörigkeit zu diesem Staatenverband sang. Es war Nehru, der auf Krishna Menons Initiative die Russen zu dem Kompromiß der Zulassung von 16 Ländern zu den Vereinten Nationen überredete. Keine Anerkennung von westlicher Seite erfolgte, und es war dem (chilenischen) Präsidenten der UNO-Vollversammlung, Señor José Maza, vorbehalten, auf den verdienstvollen Vermittler Nehru hinzuweisen. Auch die von Nehru und Bulganin unterzeichnete Erklärung hat man als eine Stellungnahme Indiens zugunsten der Sowjets interpretiert, obwohl sie bei sorgfältiger Durchsicht nichts anderes enthält als das Prinzip des Panschila oder der Koexistenz. Es waren eigentlich die Russen, die hier gezwungen worden waren, ihre Unterschrift unter ein sehr pazifistisches Dokument zu setzen.

Wenn man im Westen immer wieder Zweifel darüber hegt, ob es noch Sinn hat, sich in Südostasien wirtschaftlich zu betätigen, und ob Nehru nicht doch für den Kommunismus inkliniert, so sei erwähnt, was er den indischen Kommunisten am 26. Dezember, also kurz nach der Abreise der Sowjetgäste, auf einer Massenversammlung im südindischen Trichur zurief. Sie nannten sich „tapfere Revolutionäre“, sagte er, die aber in Wirklichkeit nur versuchten, das zu kopieren, was sich 7500 Kilometer entfernt zutrage. „Wir beabsichtigen“, fuhr Nehru fort, und damit wandte er sich an die Sowjets, „viel von Rußland, China und den USA zu lernen. Jedoch die Kommunisten und andere auf ihrer Seite nehmen an, daß Freundschaft mit der einen Partei Feindschaft gegenüber der anderen heiße. Sie denken, ihre Freunde

müßten auch Gegner ihrer Gegner sein. Keine unabhängige Nation wird eine solche Einstellung billigen.“ Der Westen sollte nun nicht den dem russischen ähnlichen, allzu simplen Standpunkt vertreten: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich!“

Ein besseres Zusammenspiel ist nötig!

Es mußte bei diesen Geschehnissen aus jüngster Zeit ein wenig länger verweilt werden, und es ließe sich noch viel mehr zu dem Thema sagen, wie z. B., daß die indischen Zeitungen in Leitartikeln und Leserbriefen mit ihrer Meinung über die taktlosen Auslassungen der russischen Besucher nicht hinter dem Berg gehalten haben. Die Schwierigkeiten, denen der Westen durch die Konkurrenz der Ostblockstaaten in Südostasien begegnet, wurden bereits erwähnt. Sie werden sich überwinden lassen, wenn die diplomatischen und kaufmännisch-industriellen Vertretungen der einzelnen Länder geschlossen operieren, mit anderen Worten: wenn ein team-work zwischen beiden besteht. Bis jetzt ist dies nur sehr selten der Fall. Oft klappt zwischen Konsul und Kaufmann geradezu ein Abgrund, dessen Ursache vermutlich darin zu suchen ist, daß der Importeur oder der Ingenieur kein Vertrauen zu den dauernd wechselnden Diplomaten hat.

Es würde sich jedenfalls lohnen, unwälzende Veränderungen in dieser Richtung vorzunehmen, schon wegen der ungeheuer großen wirtschaftlichen Chancen, die in Südostasien vorhanden sind. Man kann annehmen, daß nach dem Treffen zwischen Eisenhower und Eden auch die Tore Chinas sich weiter öffnen werden als bisher. Neue, noch ungeahnte Aspekte werden sich dann dem Westen eröffnen. (ens)

USA: Außenpolitik auf der Grundlage einer starken Wirtschaft

Washington, 13. Januar
Nach interner Konsolidierung und außenpolitischen Erfolgen in Europa — Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich, Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Jugoslawien und Rückgabe des Flottenstützpunktes Porkkala an Finnland — hat die sowjetische Außenpolitik die festgefahrenen Bahnen einer

starrten Haltung verlassen und eine „flexible Friedensoffensive“ eingeleitet, die ihren Höhepunkt bei der ersten Genfer Konferenz, dem Treffen der Staatsoberhäupter der Großen Vier, erreichte. Der „Geist von Genf“ hat in der Weltöffentlichkeit die Überzeugung ausgelöst, daß es in der Zeit der Atomwaffen keinen noch so ernsten Konfliktstoff

gebe, der nicht auf friedliche Weise gelöst werden könnte. Präsident Eisenhower hat in voller Übereinstimmung mit den „Genfer Erfolgen“ einen neuen Abrüstungsplan, die gegenseitige Luftkontrolle militärischer Anlagen, die Aufnahme des Austausches von Technikern und Experten auf allen Gebieten und die Lösung der Deutschlandfrage in Vorschlag gebracht. Beide Staaten schlugen aus der begonnenen Friedenskampagne sowohl innen- als auch außenpolitisches Kapital.

Trotz aller guten Absichten verfolgte man auf beiden Seiten genau alle außenpolitischen Bewegungen und absolvierte die erste Probe des Geistes von Genf bei der zweiten Konferenz. Der westliche Vorschlag zur Lösung der Deutschlandfrage wurde von der Sowjetunion mit dem Bemerkens zurückgewiesen: „Deutschland kann warten“. Der Westen entschloß sich nun, seine Politik der kollektiven Sicherheit fortzusetzen, in Europa der NATO wieder neuen Geist einzuhauchen und die Paktsysteme an der Südgrenze der Sowjetunion zu stärken. Vor allem sollten der Bagdad-Pakt weiter ausgebaut und die Militär- und Wirtschaftsklauseln des Manila-Abkommens (SEATO) und des ANZUS-Paktes zum Leben erweckt werden. Außenminister Dulles, ein starker Vertreter der Idee der kollektiven Sicherheit, setzte sich energisch für die aktive Fortführung der Paktpolitik ein und wurde darin durch einige Einbrüche in die Fronten des Westens nur noch bestärkt.

Reaktivierung der NATO

Bei der letzten NATO-Konferenz in Paris waren die USA durch eine Delegation der einflußreichsten Mitglieder der Administration vertreten. Die Aussprache mit den einzelnen NATO-Ländern scheint der Grund gewesen zu sein, daß die USA bereit sind, diesen Ländern für das nächste Rechnungsjahr wesentlich höhere Beträge als militärische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Eine aktive Mitarbeit der USA soll die NATO reaktivieren. Westdeutschland wird als vollberechtigtes Mitglied im Verband der NATO auftreten, wobei die USA bereit sind, erneut Verhandlungen über eine Einigung der beiden Teile Deutschlands aufzunehmen, falls die Sowjetunion ihrerseits von ihren

unannehmbaren Forderungen abgeht. Für Frankreich ist zu erwarten, daß die neue Regierung bereit ist, für die nordafrikanischen Gebiete Marokko, Algerien und Tunis weitgehende Reformen durchzuführen, um somit dem arabischen Nationalismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. In Italien ist die Lage durch die Linksregierung Premierminister Segnis konsolidiert, und die starke kommunistische Fraktion scheint keine unangenehmen Überraschungen vorzuziehen. Die Anrainerstaaten an die Ostgebiete, Finnland, Österreich und Jugoslawien, haben sich zu einer neutralen Haltung bekannt, wobei der Westen Jugoslawien nach dem Anleiheangebot der Sowjetunion weitere Finanzhilfe in Aussicht stellte und auf Forderungen aus alten Verpflichtungen verzichtete.

Die Bewegung in Nah- und Mittelost

Während sich die Lage in Europa trotz der ungelösten Deutschlandfrage weitgehend beruhigt hat, ist im Nahen und Mittleren Osten starke Bewegung eingetreten. Die Sowjetunion versucht den Nahostpakt, dem die USA auch als Beobachter angehören, zu unterminieren und hat sich eindeutig zur Sache der arabischen Welt bekannt. Die Waffenangebote an Ägypten und Syrien lösten in den USA größtes Unbehagen aus, wobei man hier in einer schwierigen Lage ist, weil die USA der Initiator für die Gründung des Staates Israel waren. Gegenüber der Truman-Administration haben sich die Republikaner weitgehend von der einseitigen Unterstützung Israels entfernt und nehmen eine Mittlerrolle zwischen beiden „unversöhnlichen Gruppen“ ein. Diese Mittlerrolle wird kaum anerkannt, weil die nationalistischen Gefühle beider Gruppen einen ungehemmten und freien Lauf genommen haben. Nach langen Verhandlungen haben die USA und England auf das russische Angebot einer Anleihe für den Ausbau des zweiten Assuan-Dammes ein

akzeptables Gegenangebot von 70 Mill. \$ gemacht, und es scheint, daß die Weltbank Anleiheanträge für die Fortführung dieses Projektes wohlwollend beurteilen wird. In Libyen und im Jemen haben amerikanische Firmen umfangreiche Erdölkonzessionen erhalten. Der erste Versuch Großbritanniens, seinen Schutzstaat Jordanien in den Nahostpakt zu bringen, ist gescheitert, und die Frage wurde vorläufig aufgeschoben. Gleichzeitig hat das Land zum Ausbau des Hafens Akaba am Roten Meer von England eine größere Anleihe erhalten. Die Sowjetunion ist in diesem Gebiet bemüht, eine Stärkung der Abwehrkräfte zu verhindern, den Erdölnachschub nach dem Westen zu bedrohen und über Ägypten in das politisch völlig flexible Innerafrika vorzudringen. Für den Nahen Osten beabsichtigen die USA für das nächste Rechnungsjahr ebenfalls stärkere Wirtschafts- und Militärhilfe auszuwerfen, und es sind bereits starke Stimmen laut geworden, die ein Bekenntnis der USA zur Sache der nationalistischen Bestre-

**DAS GROSSE
FILM- UND KINO-
ADRESSBUCH
1956**

mit
über
20 000
Anschriften
ist erschienen!

Neue Angaben über
Bild- und Tonverfahren
in den deutschen Film-
theatern und großer
Auslandsteil.

Preis:
DM 29.50

NEUE VERLAGS-GESELLSCHAFT MBH. KARLSRUHE

bungen fordern. Der Osten andererseits versucht, die USA mit der Kolonialpolitik westeuropäischer Staaten gleichzusetzen.

Das Werben um Südostasien

Im Mittleren Osten und in Südostasien konnte die Sowjetunion mit der Reise Bulganins und Chruschtschews größere Erfolge erzielen, wobei die Russen in geschickter Weise lokale Ressentiments ausnutzten. Vor einiger Zeit sperrte Pakistan die beiden wichtigsten Nachschubwege über den Khaiberpaß und die Eisenbahnlinie über Chaman nach Kandahar in Afghanistan. Grund hierfür war die afghanische Unterstützung der Pathanis, die in der Nordwestprovinz Pakistans einen selbständigen Staat gründen wollten. Die Sowjetunion nutzte diesen Konfliktstoff aus, gab noch Versicherungen über die Unabhängigkeit Kaschmirs ab und gewährte Afghanistan eine Anleihe in Höhe von 100 Mill. \$ für das Entwicklungsprogramm des Landes. In Indien wurden die russischen Staatsmänner mit allen Mitteln asiatischer Gastfreundschaft empfangen. Ein großer Erfolg waren die scharfen Reden gegen die Kolonialpolitik des Westens und die angebliche Ankündigung der USA, Portugal bei der Aufrechterhaltung seiner Kolonialgebiete in Indien unterstützen zu wollen. Die Haltung Nehrus stellt die USA immer wieder vor neue Probleme: Ist der indische Premier wirklich von der Defensivhaltung der Sowjetunion überzeugt? Weshalb pries er in höchsten Tönen die Sowjetunion als Befreier abhängiger Völker, wo doch die ganzen Ostgebiete Europas unter eiserner Knute gehalten werden? Man fand noch keine Antwort auf Indiens Einstellung. Interessant ist, daß nach dem Abschluß eines Handelsabkommens zwischen Indien und der Sowjetunion, wobei letztere unter anderem 1 Mill. t Roheisen liefern soll, in aller Ruhe und Stille zwischen Großbritannien und Indien vereinbart wurde, daß England einen Forschungsreaktor in Indien baut, Uranium zur Verfügung stellt, die Associated Electrical Industries, Ltd. einen 15-Jahres-Kontrakt für die Errichtung einer Großanlage zur Erzeugung von Elektromaterial und schweren Elektrogeräten unter-

zeichnete und ein Konsortium britischer Firmen eine neue Stahlanlage mit einer Jahreskapazität von 1 Mill. t finanzieren wird. Schließlich sei noch Burma erwähnt, das das Reislieferungsabkommen mit der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik als wesentliche Entlastung seines Reisüberschußproblems empfindet.

Die Politik der wirtschaftlichen Stärke

Die offiziellen russischen Äußerungen gegen die Abrüstungspolitik und die Fortführung der Zusammenarbeit mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens haben jene Kreise in den USA nur noch mehr bestärkt, die rein äußerlich am Geist von Genf festhalten, innerlich jedoch von der Notwendigkeit überzeugt sind, eine Neuorientierung der amerikanischen Außen-

politik vorzunehmen, um ein Vordringen des Ostens in lebenswichtige Nachschubgebiete des Westens zu verhindern. Die USA treten mit der Überzeugung ihrer Stärke in das Jahr 1956 ein. Mit einem Brutto-sozialprodukt von 400 Mrd. \$ dürften die USA für das nächste Jahr bestens gerüstet sein, eine aktive Außenpolitik durch Wirtschafts- und Militärhilfe zu untermauern. Das wesentlich schwierigere Problem wird die Rückgewinnung der Stellung der USA bei allen noch kolonialen Ländern als Vorkämpfer für ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit sein. Taktische Überlegungen über die Inangriffnahme dieses Problems sind im Gange. Der erste konkrete Fall ist das indische Verlangen auf eine amerikanische Erklärung zum Fall des portugiesischen Gebietes Goa in Indien. (gg)

ENGLAND: „Ost-westlicher Wettbewerb ist nicht bedrohlich“

London, 14. Januar

Wenn die sowjetischen Führer nach der Stabilisierung des politischen Kräfteverhältnisses in den NATO- und SEATO-Räumen jetzt im Nahen Osten und in Südasien unter der Maske des biederen Freundes als Störenfried auftreten, so ist London darüber weder erstaunt noch sonderlich verärgert. Wenn etwas an den russischen Umtrieben überrascht, dann höchstens die Unverfrorenheit der Sowjetpropaganda, die Dreistigkeit von Chruschtschews eigentlich doch recht verspäteten Ausbrüchen gegen den westlichen „Kolonialismus“ in Indien und Burma und die Heimtücke der materiell wahrscheinlich unbedeutenden Waffenlieferungen an Ägypten.

„Mehr Zurückhaltung erwartet“

Zunächst waren aber doch viele englische Politiker erschrocken darüber, daß die unverblümten Propagandareden und -versprechen anscheinend von vielen Asiaten, auch solchen, die politische Erfahrung besitzen sollten, für bare Münze genommen oder jedenfalls — vielleicht aus Gründen orientalischer Höflichkeit, wie man entschuldigend hinzufügt — stillschweigend toleriert wurden. Angesichts der von Großbritannien beim Übergang zur Unabhängigkeit geleisteten Hilfe hatte man in London auch von den Neu-

tralisten in der Levante und in Südostasien mehr Zurückhaltung gegenüber den Werbungen des Ostblocks und auch mehr Verständnis für den westlichen Standpunkt erwartet. Nun können sich die kaum emanzipierten Araber und Asiaten kaum für bürgerliche Freiheiten und parlamentarische Demokratie begeistern, die ihnen praktisch unbekannte Begriffe sind; aber etwas mehr Verständnis für die Probleme des Westens und die Ehrlichkeit und Ehrenhaftigkeit seiner Hilfsangebote für weniger weit fortgeschrittene Länder zu erwecken, erscheint vielen englischen Politikern dringend nötig, um die jetzt gegen den Westen gerichtete Fremdenfeindlichkeit Südwestasiens wenigstens zu lindern.

England wünscht keine Monopolstellung

Großbritanniens Interesse an den jetzt von den sowjetischen Staatsmännern etwas gönnerhaft umworbenen Staaten ist traditionell, direkt und lebenswichtig. Es ist politisch, strategisch und wirtschaftlich, aber es beruht keineswegs, so wie es die Russen nach ihren veralteten Lehrbüchern darstellen möchten, auf kolonialer Ausbeutung. Deshalb wünscht London auch nicht in diesem Raum eine Monopolstellung zu beziehen oder zu behaupten. So wie

Englands Sonderstellung in der per-
sisischen Olinindustrie einem interna-
tionalen Konsortium übergeben und
der Colombo-Plan als ein überkonti-
ninentales System guter Nachbar-
schaft entwickelt wurde, hofft man
auch andere wirtschaftliche Groß-
aufgaben wie gerade jetzt das Ass-
suan-Projekt auf breiter internatio-
naler Basis in Angriff zu nehmen.
Dabei könnten die Sowjets mit-
machen, wenn, wie sie behaupten,
ihre Produktion ihnen die Ausfuhr
von Investitionsgütern erlaubt.

Englands empirischer Methodik
und langer Bekanntschaft mit Vor-
der- und Südasien entspricht es, daß
die hier in erdrückender Fülle auf-
tretenden Einzelprobleme auch ein-
zeln angepackt werden. Deshalb
jetzt die Verhandlungen mit Singa-
pur und Malaya, die diesen beiden
Gebieten ein großes Maß von Un-
abhängigkeit und Souveränität ge-
währleisten sollen. Deshalb Londons
auf Schonung lokaler Empfind-
lichkeit bedachte Zurückhaltung in
den territorialen Streitigkeiten zwi-
schen Indien und Pakistan. Deshalb
auch die forcierte Bündnispolitik in
Vorderasien, wo der Bagdad-Pakt,

zur militärischen Verteidigung nach
außen begründet, unvermeidlich,
wenngleich gegen Großbritanniens
Wunsch und Interesse, innerregio-
nale Konflikte verschärft hat. Man
weiß natürlich in London, daß die
russische Intervention die vielen
latenten und akuten Probleme der
arabischen Welt nicht gerade er-
leichtert und etwaigen Hoffnungen,
sie könnten sich mit der Zeit von
selbst erledigen, ein jähes Ende be-
reitet. Aber politische Sachkenntnis,
wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
und die traditionellen, beiderseiti-
gen Interessen entsprechenden
Wechselbeziehungen mit Vorder-
und Südasien sollten der britischen
Politik sehr zustatten kommen, zu-
mal sich die Sowjetpropaganda auf
wirtschaftlichem Gebiet schon jetzt
übernommen zu haben scheint.

Stärkung des asiatischen Einflusses

Das sowjetische Liebeswerben um
die „Neutralen“ wird aber zweifel-
los die diplomatische Stellung der
asiatischen Staaten erheblich stär-
ken, nicht nur in Asien selbst, son-
dern auch in internationalen Grem-
ien wie den Vereinten Nationen,
wo die Großmächte nun einer ver-

mehrten Zahl unabhängiger Stim-
men Beachtung zu schenken haben.
Diese haben ein anerkanntes Recht
auf formale Gleichheit, werden aber
zunehmend auf größeren realen
Einfluß pochen. Wie die westliche
Politik dieser politischen Forderung
entspricht, wird weitgehend über
ihren Erfolg gegenüber der neuen
Sowjetoffensive entscheiden. Auch
die Wirtschaftshilfe für die unter-
entwickelten Gebiete muß mehr und
mehr zum Beistand bei der Selbst-
entwicklung der unterstützten Län-
der werden. Sie darf keineswegs als
Waffe im kalten Krieg gehandhabt
werden. Großbritannien war zu
lange die wichtigste äußere Macht
in der Politik und Wirtschaft Vor-
der- und Südasiens, als daß sich
seine Staatsmänner über die zu lö-
senden Probleme im unklaren sein
könnten. Aber gerade darum sehen
sie einer Intensivierung der ost-
westlichen Rivalität in diesem Ge-
biet ohne große Besorgnisse ent-
gegen. Verglichen mit der Gefahr
einer Verschärfung und Versteifung
der Fronten in Europa und im Fer-
nen Osten ist sie jedenfalls das klei-
nere Übel. (A.)

Diehl

Archimedes
Lizenz

RECHENMASCHINEN
addieren, subtrahieren, multiplizieren, dividieren!
Alle Ihre Rechenaufgaben lösen Sie mühelos und schnell!

HEINRICH DIEHL G.M.B.H.
RECHENMASCHINENFABRIK NÜRNBERG STEPHANSTRASSE 49

SKANDINAVIEN: Keine entscheidende Initiative

Stockholm, 14. Januar
Seit Mitte 1954 die seinerzeit mit großen Hoffnungen aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Dänemark und der Sowjetunion völlig überraschend an der russischen Forderung des Baus von zwei Tankern auf dänischen Werften gescheitert waren, ist es in Skandinavien um die Frage der Ost-West-Beziehungen längere Zeit recht ruhig gewesen. Diese absurde Forderung, deren Unmöglichkeit der Erfüllung den Russen von vornherein klar war, konnte nur so verstanden werden, daß die Russen ihre Bemühungen um die Schwächung der „westeuropäischen Front“ keineswegs aufgegeben hatten, vielmehr diese eher noch verstärken wollten und daß zweitens das Beispiel Dänemark die beste Gelegenheit einer „Probe auf das Exempel“ für den Zusammenhalt der westlichen Länder bot. Inzwischen ist dieses Ereignis mehr oder weniger in Vergessenheit geraten. Seit etwa der Mitte des letzten Jahres ist an die Stelle der vorübergehenden „reservierteren“ Haltung Skandinaviens im „Ost-West-Konzert“ eine deutliche Aktivierung getreten, die durch die Reise des norwegischen Staatsministers nach Moskau im November vorigen Jahres einen ersten Höhepunkt hatte. Dazwischen lagen viele Besuche amtlicher und privater Persönlichkeiten aus dem Norden in die Sowjetunion wie auch umgekehrt.

Politisch: am toten Punkt

Ungeachtet der häufig reichlich propagandistisch betonten Berichte jedoch scheinen solche Reisen bisher auf der rein politischen Ebene keine sonderlich positiven Ergebnisse gezeitigt zu haben. Aus den Neujahrsbetrachtungen der führenden skandinavischen Presse war kaum mehr herauszulesen, als daß die „Ost-West-Beziehungen“ — soweit dieses Wort überhaupt anwendbar ist — an einem toten Punkt angelangt sind. Denn keine der wirklich großen politischen Fragen ist im Jahre 1955 der praktischen Lösung auch nur einen winzigen Schritt nähergebracht worden. Die in fast regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Deklamationen der schwedischen Neutralität und die

eventuelle Ausdehnung dieser Neutralität auf andere europäische Länder sind selbstverständlich immer wieder Diskussionsthemen. Eine praktische Verankerung in der öffentlichen Meinung des Nordens ist aber ganz sicher nicht gegeben. Auch über die eigene Neutralität sind die Meinungen in Schweden durchaus geteilt, wengleich nach Lage der Dinge der derzeitige Status vielleicht noch als der zweckmäßigste angesehen wird. Nord-europa ist politisch letztlich doch ein zweitrangiger Faktor und kann infolgedessen keinesfalls die Aufgabe haben, den toten Punkt zu überwinden.

Wirtschaftlich: Ausbau der Kontakte in bescheidenem Rahmen

Verbleibt die wirtschaftliche Seite der Ost-West-Beziehungen. Dänemark besitzt nach wie vor keinen Vertrag mit der Sowjetunion. Zu den übrigen Ostblockländern — neuerdings auch zur Volksrepublik China — hat Dänemark dagegen seine wirtschaftlichen Kontakte so

gut ausgebaut, wie das unter den derzeitigen Bedingungen nur möglich ist. Anders liegen die Verhältnisse in Norwegen und Schweden. Beide Länder haben mit der Sowjetunion gerade für 1956 so günstige Handelsverträge abgeschlossen wie nie zuvor in der Nachkriegszeit. Der norwegische Staatsminister brachte von seinem Moskau-Besuch sogar einen für drei Jahre geltenden Rahmenvertrag mit nach Hause, ungefähr im Stil, wie Finnland seine Handelsbeziehungen mit den Russen langfristig geregelt hat. Ebenso wird der Handelsverkehr Norwegens und Schwedens mit dem Ostblock einigermaßen „normal“ abgewickelt. Dabei bewegt sich aber der skandinavische Warenaustausch mit den östlichen Ländern, gemessen am gesamten Außenhandelsvolumen, in höchst bescheidenen Größenordnungen. Es ist offensichtlich, daß die konstruktiven Ansatzpunkte des Nordens gegenüber den Ostblockländern sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich von vergleichsweise geringem Gewicht sind. Jedenfalls heute. (dt)

FRANKREICH: Achillesferse des Westens?

Paris, 14. Januar

Stärker denn je dürften die Sowjets im neuen Jahr versuchen, Frankreich aus der westlichen Gemeinschaft herauszulösen, in der Überzeugung, daß sie in diesem Land über das günstigste neutralistische Manöverfeld verfügen. Die unglückliche Zusammensetzung des neuen Parlaments steigert die kommunistische Hoffnung auf eine Volksfront-Regierung, deren erste und wichtigste Auswirkung die Zerschlagung des Atlantikpaktes wäre. Wenige Stunden nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses machten die französischen Kommunisten ihr erstes Volksfront-Angebot, selbstverständlich ohne sich Illusionen über einen baldigen Erfolg hinzugeben. Die Koalition, die in Zukunft Frankreich regieren muß, d. h. alle demokratischen Parteien von den Sozialisten bis zu den Unabhängigen Pinays, ist unerfreulich heterogen und ständigen inneren Reibungen ausgesetzt. Bei jeder Gelegenheit werden daher in Zukunft die Kommunisten auf der Volks-

front-Flöte blasen, mit der nicht ganz unbegründeten Hoffnung, daß eines Tages die Linksparteien aus Verzweiflung dieses Abenteuer schließlich doch wagen werden.

Unruheherde in Übersee

Ein zweiter Angriffspunkt der Sowjetpolitik sind die überseeischen Gebiete der Französischen Union. Die vorläufig aussichtslose Lage in Algerien lastet schwer nicht nur auf den Finanzen Frankreichs, sondern auch, was viel stärker ins Gewicht fällt, auf den Nerven seiner Bevölkerung. Sollte man in Algerien demnächst eine zufriedenstellende Lösung finden, würde es Moskau nicht allzu schwer fallen, in Zentralafrika einen neuen Unruheherd zu schaffen. Gewiß, man darf die französischen Schwierigkeiten in Nordafrika nicht einfach auf das Konto der kommunistischen Propaganda schreiben, sie sind jedoch ein Bestandteil der sowjetischen Zermürbungstaktik, schon aus dem einfachen Grunde, weil man in Frankreich in allen Kreisen durchaus mit Recht davon überzeugt ist,

daß die Bildung einer Volksfront-Regierung oder eine entscheidende diplomatische Annäherung an Moskau ausreichen würden, um in kurzer Frist die Ruhe in den überseeischen Gebieten wiederherzustellen.

Die öffentliche Meinung zum Neutralismus

Frankreichs öffentliche Meinung scheint psychologisch dem Neutralismus durchaus zugänglich. Er entspricht ihrem Hang nach der Flucht aus der Verantwortung. Der Mann auf der Straße hat das deutliche Gefühl, daß ihm die Probleme über den Kopf wachsen und er mit seinen eigenen Angelegenheiten genug zu tun hat, um sich nicht weiter mit den Sorgen der Welt oder auch der überseeischen Gebiete der Französischen Union zu belasten. Der Neutralismus ist in Frankreich kein politisches Bekenntnis, sondern der Ausdruck politischer Müdigkeit und Gleichgültigkeit. Selbstverständlich wird er von der Kommunistischen Partei des Landes eifrigst gefördert. Zwar darf ihre Schlagkraft nicht überschätzt werden, sie entspricht dem allgemeinen, politisch wenig dynamischen Klima; immerhin ist es aber ein nicht unwichtiger Faktor, daß am 2. Januar jeder vierte Franzose kommunistisch stimmte, selbst wenn der Stimmenanteil der Partei leicht von 25,9 auf 25 % zurückging, gegenüber fast 30 % in den ersten Nachkriegswahlen. Man glaubt zu wissen, daß Moskau dem französischen Kommunismus für die nächste Zukunft in erster Linie die Aufgabe stellte, an der inneren Zersetzung der atlantischen Gemeinschaft zu arbeiten, d. h. den passiven Neutralismus zu fördern.

Die Außenpolitik entscheidet

Diese negative Seite des französischen Bildes mußte deutlich herausgestellt werden, selbst wenn sie vorläufig keineswegs dominiert und die Fortführung der bisherigen atlantischen Politik durchaus erwartet werden darf. Die maßgebenden Politiker aller republikanischen Parteien sind sich sehr wohl der kommunistischen Gefahr bewußt. Die Sowjetpolitik hätte innenpolitisch größere Erfolgsaussichten gehabt, wenn statt 150 nur 80 oder 90 kommunistische Abgeordnete in die französische Nationalversammlung zurückgekommen wären. Die Sozialisten erzielten ihren größten Wahl-

erfolg dort, wo sie entschieden den Kommunisten entgegentraten, und die Vertreter dieser erfolgreichen Bezirke gehören zu den antikommunistischsten Kräften des Landes. Mendès-France, dessen persönliche Gedanken und Gefühle nach wie vor zu den politischen Unbekannten Frankreichs gehören, sieht vorläufig seine Daseinsberechtigung in der Möglichkeit, durch eine dynamische Linkspolitik dem Kommunismus einen Teil seiner Anhänger zu entziehen. Andererseits gingen die bisherigen Regierungsparteien stimmenmäßig keineswegs geschwächt aus den Wahlen hervor und haben daher nicht die geringste Veranlassung, außenpolitisch abzudanken, um so weniger, als auch die Anhänger des Steuerrebellen Pujade in der Mehrheit soziologisch rechts stehen und jedes den Kommunisten willkommene neutralistische Abenteuer ablehnen.

Die Stärke der jetzigen Außenpolitik liegt nicht zuletzt in der Schwerkraft des Bestehenden. Frankreichs Bürde ist die Schwierigkeit, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, sich von den geschaffenen und teilweise verknöcherten Strukturen zu befreien. Diese Schwerfälligkeit kommt jetzt der westlichen Gemeinschaft zugute. Die einfachste Lösung in der gegebenen innenpolitisch verwirrten Lage sollte die Beibehaltung des alten außenpolitischen Kurses sein, denn es ist fast unvorstellbar, daß sich das Parlament auf eine neue Linie einigt. Dazu kommt als weitere Begünstigung eine allgemeine außenpolitische Uninteressiertheit bis in die höchsten Parteileitungen hinein. Die Entschlossenheit des kommenden Außenministers kann daher für den Kurs der französischen Diplomatie wichtiger sein als die Zusammensetzung der Regierung. (fr)

Hilfeleistung contra Infiltration

Zunächst scheint das autoritäre System bei der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung „neutraler Räume“ gegenüber dem individualistischen Prinzip der Demokratien durchaus im Vorteil zu sein, hat jenes doch die Möglichkeit, die Kraft seiner ganzen Wirtschaft ohne Rücksicht auf Kosten und Verluste für eine zielstrebige wirtschaftspolitische Aktion einzusetzen. Dazu kommt, daß die politische Labilität und die soziale Lage in diesen wirtschaftlich im allgemeinen benachteiligten Infiltrationsräumen leicht eine gewisse Anfälligkeit für politische Radikalisierungen schaffen, die die Welt „aus einem Punkte zu kurieren“ versprechen. Es wäre aber völlig falsch, gegenüber solchen massiven Infiltrationsversuchen im Gefühl einer unangebrachten Verlegenheit die Segel zu streichen. Im Endeffekt sollte das individualistische Prinzip, das nicht an wirtschaftliche und politische Ideologien gebunden ist, durch seine größere Beweglichkeit in seinen Methoden die Oberhand gewinnen.

Es ist aber notwendig, daß diese größere Beweglichkeit auch wirklich zum Tragen kommt. Es ist hierfür eine „höhere Wirtschaftsdiplomatie“ erforderlich, die vom individuellen Kaufmann und Industriellen nicht ohne weiteres erwartet werden darf. So benötigt der individuelle Unterhändler die moralische und materielle Unterstützung der Gesellschaft und des Staates. Diese Unterstützung darf aber nicht an ideologische „Ismen“ gebunden sein, denn gerade auf diesem Gebiet sollte man nicht mit gleichen Waffen kämpfen. Die Ressentiments früherer Kolonialherrschaft müssen durch Vertrauen überwunden werden. Dazu gehört auch die Achtung vor der fremden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die von unseren eigenen Vorstellungen abweichen mag. Wir wollen ja wirtschaftliche Hilfe bieten und nicht infiltrieren. Das muß mit politischem Takt stets klar zum Ausdruck kommen. Wir müssen Verständnis dafür haben, daß diese Gebiete sich durch Annahme von Wirtschaftshilfe eben gerade nicht in einen der beiden weltpolitischen Machtblöcke einfangen lassen wollen. Die Neutralität hat hier eine andere Bedeutung als in Europa.

Die Versuche der östlichen Infiltration beschränken sich keineswegs auf Rand- und Zwischengebiete. Man muß deshalb sorgfältig beachten, wo die eigenen Aktionen anzusetzen sind. Und die eigenen Aktionen müssen so repräsentativ sein, wie es der wirtschaftlichen Stärke der westlichen Welt entspricht. Dafür dürften auch keine Aufwendungen gescheut werden, die sich bei den großen wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Räume in der Endrechnung bestimmt lohnen. Außerdem handelt es sich aber um eine menschliche Verpflichtung, die nicht nur nach kommerziellen Gesichtspunkten beurteilt werden darf. (sk)